



Nueva Nicaragua *Informe*

15. Jahrgang

August 2018

Nr. 160

Der Putsch wurde niedergeschlagen

Quelle: *La Voz del Sandinismo*



Der Präsident der Republik Comandante Daniel Ortega stellte an diesem Dienstag (24. Juli 2018) in einem Interview, das er der Journalistin Patricia Villegas vom multinationalen *TeleSur* gewährte, fest, dass der Putsch, den die nicaraguanische Rechte gegen die Sandinistische Regierung durchgeführte, niedergeschlagen wurde. „...Wir hatten die Ruhe und Geduld, selbst als sie dachten, dass wir schwach geworden sind... Wir wussten den Moment, an dem wir den Schritt tun mussten, um den Frieden, die Normalität in Nicaragua wieder herzustellen.“

Trotzdem darf die Wachsamkeit nicht nachlassen... Nach Meinung Daniel Ortegas befindet sich der Kern derjenigen, die die feindselige Politik gegen den Sandinismus unterstützen, in Miami. Aber auch Kongressmitglieder und Senatoren empfinden es als ein Muss, mit dem Sandinismus Schluss zu machen. Nicaragua verfolgt sie ebenso, wie Venezuela und Kuba... Daniel Ortega äußerte sich auch zu Aktionen bestimmter lateinamerikanischer Länder in der OAS gegen Nicaragua. Es sind die gleichen, die sich gegen Venezuela vereinten. Nach Meinung des Präsidenten haben die Rechten in diesen Ländern eine revanchistische Mentalität, die sie zu Einmischern macht.

Im Interview unterstrich Ortega, dass die nicaraguanische Regierung keine paramilitärischen Gruppen unterhält. Diese „Paramilitärs“ wurden von den rechten Putschisten organisiert und durch internationale Organisationen der Rechten mit Unterstützung der USA gesponsert. Sie begannen die bewaffneten Angriffe im Lande am vergangenen 19. April. Die Jugendlichen, die am 18. April an den Ereignissen teilnahmen, gehören Cliques an, die in den verarmten Wohnvierteln zu Hause sind. Mit ihnen wird wieder gearbeitet, damit sie die Gewalt sein lassen, sich wieder in die Familien eingliedern, dem Studium und der Arbeit nachgehen. Seit 2007 arbeitet die Polizei mit den Cliques, damit sie ihre selbstgebastelten Waffen abgeben. Sie tauschten sie gegen Sportsachen und Studienmaterial ein. Die Polizei gab ihnen Dinge, damit sie ihre Aktivitäten ändern konnten.

Bezüglich der Annahme, dass die Ereignisse, die in Nicaragua ablaufen, vergleichbar mit den „Guarimbas“ in Venezuela sind, antwortete Präsident Daniel, dass die Aktionen nicht generell spontan waren, sondern gut vorbereitet und finanziert... „Es kamen Venezolaner, die an den ‚Guarimbas‘ teilgenommen hatten. Sie sind Experten in der Handhabung der sozialen Netze, um die Erfahrungen hierher zu übertragen.“

Ortega unterstrich, dass immer die Wunden am schwersten zu heilen sind, die den Tod brachten. „... Die Wirtschaft, das Materielle kann man zurückerobern, das Leben nicht.“ Die Familien der Opfer forderten Gerechtigkeit. An diesem Prozess arbeitet die Regierung zurzeit.

niv/tgp/ana

Auf www.nuevanicaragua.de wurde die Übersetzung des vollständigen Interviews veröffentlicht.

Nicaragua im Spannungsfeld geostrategischer Interessen

Von Wolfgang Herrmann

Im Juni berichtete ich von der Aussage des spanischen Akademikers Germán Gorraiz López, dass Venezuela und Nicaragua Opfer des neuen Kalten Krieges wurden, den die USA wirtschafts- und handelspolitisch gegen China entfesselten. „So muss Nicaragua nun für den mit China vereinbarten Bau eines Kanals zwischen dem Atlantik und dem Pazifik bezahlen, der dem von Washington kontrollierten Panamakanal Konkurrenz machen wird.“



„Der Große Nicaraguakanal – die geostrategische Bombe Lateinamerikas, die die Geschichte verändern wird“, lauten die Schriftzüge auf dem Foto, das im September 2015 im Zusammenhang mit dem Beitrag „Beindruckendes Infrastrukturprojekt“ bei *Prensa Latina* erschien.

I.

Das Kanalprojekt bewirkte, dass sich in Nicaragua auf einen Schlag zwei Linien kreuzten, die geostrategische Interessen berühren: Im zweitärmsten Land der Region will der Sandinismus ein sozialistisches, christliches und solidarisches Gesellschaftsmodell entwickeln. Ein Jahrhundert alter Traum, mit einem interozeanischen Kanal zu gesellschaftlichem Wohlstand zu kommen, wurde mit dem Megaprojekt des Großen Nicaraguakanals wieder aufgenommen. Dieses Projekt verfolgt die Absicht, die Armut zu verlassen und

die Mittel zu erarbeiten, um den Folgen des Klimawandels zu trotzen. Die sandinistische Regierung fand dafür in der Hongkonger Company HKND eine wirtschaftlich starke Partnerin. Die halbe Welt wusste, dass dahinter die Volksrepublik China steht. Das Kanalprojekt passt zu ihrer Strategie, die Seidenstraßen auch über die Ozeane ziehen zu lassen.

Jede der beiden nationalen Linien hat zwei Gegenpole. In Nicaragua steht dem Sandinismus die einheimische Oligarchie gegenüber. In der Weltarena muss sich die Volksrepublik China mit den USA auseinandersetzen. Und je ein Pol einer Linie verband sich mit einem Pol der anderen. Die Bande der nicaraguanischen Oligarchie und des USA-Imperialismus sind alte konservative. Mit dem Kanalprojekt sehen beide ihre Interessen bedroht; die Oligarchie ihre nationalen, die USA ihre geostrategischen. Die Bande des sandinistischen Nicaraguas und der Volksrepublik China sind jung und tragen progressiven Charakter. Das zweitärmste Land der Region und die zweitstärkste Wirtschaft der Welt planen, sich „America first“ in den Weg zu stellen. Das macht Washington zu schaffen.

II.

Nicaragua war bis zum 18. April 2018 in vielen Aspekten ein Beispiel für Mittelamerika und die Welt. Das Wirtschaftswachstum zwischen vier und fünf Prozent war nach Panama das zweithöchste in der Region. Nicaragua hat eine Wirtschaft, in der die Volksektoren mehr als 50 Prozent des BIP produzieren und 70 Prozent der Arbeitsplätze stellen. Nicaragua produziert 90 Prozent seiner Nahrungsmittel selbst. Nach dem Sieg der Sandinistischen Revolution von 1979 wurde Land verteilt. Damals befanden sich 80 Prozent des Bodens in den Händen der kleinen und mittleren Produzenten. Vor der Revolution kontrollierten die Besitzer von mehr als 500 Manzanas (eine Manzana entspricht 0,7 Hektar) den größten Teil des Bodens.

Nicaragua war eins der Länder Lateinamerikas mit der größten Reduzierung der Armut und den niedrigsten Kennziffern der Kriminalität. Die sandinistische Regierung setzte verschiedene soziale Programme für die Entwicklung der Kommunen in Marsch. Bildung und medizinische Grundversorgung sind kostenlos. In der Zeit der sandinistischen Regierung seit 2007 entwickelte Nicaragua eine Energieversorgung, die heute zu 75 Prozent auf erneuerbaren Energien beruht. In naher Zukunft sollten es 90 Prozent werden. Das Land profilierte sich zu einem attraktiven, weltweit anerkannten Tourismus-Standort hauptsächlich für Reisende, die Ruhe und umfassende kulturelle Erfahrungen suchten. Dieses Ambiente ist Teil der Erfolge der sandinistischen Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit.

Ein solches Ambiente führt nicht zu einem Volksaufstand. Was in Nicaragua zunächst wie eine Protestwelle gegen die Reform der Sozialversicherung aussah, ist inzwischen zu einer konterrevolutionären Bewegung zum Sturz der sandinistischen Regierung geworden.

III.

Die Erfolge des Sandinismus und das Kanalprojekt riefen die einheimische Oligarchie auf den Plan. Mit der zerrütteten rechten Opposition konnte sie keinen Staat mehr machen. Diese verloren nach 2007 sowohl auf nationaler wie auf kommunaler Ebene eine Wahl nach der anderen gegen das Wahlbündnis der FSLN. Die Oligarchie hat aber immer noch entscheidende wirtschaftliche Positionen inne und verfügt mit dem Medienkonzern *La Prensa* über eine große Tageszeitung und einflussreiche Fernsehkanäle. Hinzu kommt, dass die Bischofskonferenz der katholischen Kirche ein starker politischer Verbündeter der nicaraguanischen Oligarchie ist.

Die nicaraguanische Oligarchie unterhält enge Verbindungen zu den Horts des Somozismus, die ihren Hauptsitz in Miami haben. Und die nicaraguanische Miami-Gruppe ist wiederum die Truppe, die mit den reaktionärsten US-Kongressabgeordneten und US-Senatoren paktiert. In diesem Nest wurden und werden alle Eier der Organisation und Finanzierung des nicaraguanischen Widerstands ausgebrütet. Zu diesen Teufeln reisten Abgesandte der „Sandinistischen Erneuer“ (MRS) und gingen mit ihnen den Pakt ein.

Auf den Protestveranstaltungen gegen das Kanalprojekt waren auf Transparenten Sprüche zu lesen, die einerseits Ortega des Landesverrats bezichtigten und andererseits antichinesischen Charakter trugen. Die geplante Kanaltrasse verläuft über Territorien, auf denen die Großgrundbesitzer traditionell Ackerbau und Viehzucht betreiben. Laut EIAS-Studien hat die Umwelt im geplanten Kanalgebiet durch die intensiv betriebene Landwirtschaft und die Vernichtung des Regenwaldes für die Acker- und Weideflächengewinnung stark gelitten. Damit soll mit den Nebenprojekten des Kanals Schluss gemacht werden. Das sind schon Gründe, die die Oligarchie gegen das Kanalprojekt aufbringen. Sie muss verständlicherweise darum bangen, weiter an wirtschaftlichem und politischem Einfluss zu verlieren. Das wirksamste Mittel, den Kanal zu verhindern, ist der Sturz der sandinistischen Regierung.

IV.

Nach der Regierungsübernahme im Januar 2007 stellte sich die sandinistische Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit sofort an die Seite Kubas, Venezuelas, Boliviens und Ecuadors. Das Land wurde ein Friedens-

faktor in Mittelamerika und ein zuverlässiger Partner im Mittelamerikanischen Integrationssystem. Es trat ALBA und PETROCARIBE bei und gehörte zu den Protagonisten von CELAC. Die regierende FSLN wurde zu einem zuverlässigen Partner für die linken und Fortschrittskräfte des Kontinents, Sie spielt eine aktive Rolle im Forum von Sao Paulo. Die sandinistische Regierung trat in internationalen Gremien energisch gegen die Blockade Kubas, die Putsche in Honduras und Paraguay, die Angriffe auf die Bolivarische Revolution in Venezuela und den „weichen“ Putsch in Brasilien auf. Sie gehörte zu den Regierungen, die der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ankündigten, sie zu verlassen, wenn sie den Ausschluss Kubas aus der Organisation fortsetzt. Sie weigerte sich, die Erklärung des Pariser Umweltgipfels zu ratifizieren, weil ihr die Verpflichtungen der entwickelten Länder nicht ausreichten. Für das mutige Auftreten der sandinistischen Regierung in den internationalen Organisationen erntete sie die Achtung derjenigen, mit denen sie sich solidarisierte.

Es brachte ihr aber auch den Hass der rechten Kräfte aus aller Welt, besonders des Kontinents ein. Die OAS wurde aktiv. Sie nahm Behauptungen der nicaraguanischen rechten Opposition auf, dass die FSLN bei Wahlen betrogen habe und setzte ihre Beobachter und Menschenrechtler in Marsch. Obwohl sich das Generalsekretariat der OAS mit der sandinistischen Regierung in einem Vertrag verpflichtete, Nicaragua bei der Reform der Wahlordnung zu begleiten, damit neue Regelungen im Frühjahr 2019 in Kraft treten können, begann es von diesem vernünftigen Weg abzuweichen. Ihr „Meisterstück“ leistete sich die OAS mit dem einseitigen Bericht der Menschenrechtskommission und seiner Behandlung in einer Außerordentlichen Sitzung. Der Einfluss der US-Administration und der Vertreter rechter Regierungen Lateinamerikas zeigte Wirkung.

V.

Carlos Fonseca Terán, der Sohn des Begründers der FSLN Carlos Fonseca Amador, meint, dass sich in Nicaragua der Klassenkampf abspielt. Mit dem Putschversuch, hatte er eine extreme Form angenommen.

Dem Sandinismus stehen starke Kräfte gegenüber: Die einheimische Oligarchie, die ihre konservative Vorstellungen und ihre Privilegien erhalten möchte; die rechten Regierungen Lateinamerikas, die ihre Offensive gegen die Linksbewegungen Lateinamerikas fortsetzen wollen; die führenden Kreise der USA und der Europäischen Union, die mit allen Mitteln versuchen, der Volksrepublik China weitere Vorteile auf dem Wege zur führenden Wirtschaftsmacht in der Welt zu verwehren.

Der Sandinismus kann mit der Solidarität Kubas, Venezuelas, Boliviens, von ALBA und PETROCARIBE, der von linken und Fortschrittskräften regierten Länder Lateinamerikas, vom Forum von Sao Paulo und von Linken aus aller Welt rechnen. Die Front der Letztgenannten ist nicht homogen. Einige linke Führungskräfte Europas, auch der Bundesrepublik Deutschland, hören eher auf die „Sandinistischen Erneuerer“ (MRS) als auf die FSLN.

Der Putschversuch war vorbereitet und es gab Anzeichen dafür. Im Sommer 2016 trafen sich die Ex-Präsidenten Kolumbiens, Mexicos, Spaniens, Costa Ricas, Boliviens und Uruguays sowie der Generalsekretär der OAS Luis Almagro auf dem Campus der Universität „Wolfson del Miami Dade College“ zu einem Forum über die Demokratie in Lateinamerika. Auf diesem Forum wurde unter anderem Nicaragua vorgeführt.

Im Frühjahr 2017 weilte die Vorsitzende der MRS Ana Margarita Vijil in Berlin. Sie erklärte unter anderem, dass Nicaragua eine neue Mobilisierung brauche, größer als die gegen Somoza. Am 3. Oktober 2017 beschloss das Unterhaus der USA den Gesetzentwurf des Nica Act. Das Gesetz sieht vor, dass alle Darlehen, die an Nicaragua von den internationalen Finanzorganen ausgereicht werden, von den USA kontrolliert werden.

Im März 2018 fand die erste öffentliche Demonstration der „wahren Opposition“ statt. Acht Personen sollen dort gegen die Ortega-Regierung demonstriert haben. Zu Ostern 2018 gab es große „Friedenskreuzzüge“ der katholischen Kirche.

In der Erklärung des 21. Forums von Sao Paulo 2015 in Mexiko-Stadt ist die Rede davon, dass zwei Tendenzen die Entwicklung in Lateinamerika bestimmen. Die eine besteht in der Offensive der neoliberalen kapitalistischen Kräfte und des Imperialismus und die andere in der unbestreitbaren Kontinuität des Voranschreitens der fortschrittlichen Kräfte und der Linken Lateinamerikas und der Karibik. Diese Einschätzung bestätigte sich mit den Niederlagen der Linken in Argentinien, Brasilien, Chile und Honduras. Die Angriffe auf die Bolivarische Revolution nahmen an Stärke zu. Es war nur eine Frage der Zeit, dass die Rechten in Nicaragua zuschlugen.

Die Ankündigung der Reform der Sozialversicherung war nur der Anlass, um loszuschlagen. Bereits am ersten Dialogtisch spielte die Sozialversicherungsreform keine Rolle mehr. Die politischen Gegner formierten rasch eine ominöse Zivilallianz, die nur zwei Programmpunkte hat: Ortega muss weg! Sofortige Neuwahlen! Von Neuwahlen war im weiteren Verlauf der Gewalt-

aktionen keine Rede mehr. Die Chancen der rechten Parteien, sie zu gewinnen, waren geringer geworden. Die neue Forderung lautete, Ablösung der Regierung und Einsetzung einer Provisorischen Regierung. Die Gegner verbreiten neuerdings über die Medien und sozialen Netzwerke solche Begriffe wie Genozid und Bürgerkrieg. Dem Überfall auf Jugoslawien ging der Begriff Genozid voraus. In Syrien wurde der Bürgerkrieg vorbereitet, um das Eingreifen von außen zu rechtfertigen.

VI.

Auch wenn die FSLN und ihre Regierung den Putschversuch zunächst abgewehrt haben, der Klassenkampf geht weiter. Der Unterschied zwischen dem Nicaragua vor dem 18. April und dem nach dem 19. April haftet noch frisch im Gedächtnis eines großen Teils der nicaraguanischen Bevölkerung. Darauf allein sollte die FSLN aber nicht setzen. Vor 30 Jahren ging die Geduld des nicaraguanischen Volkes zu ende. Es folgten die vorgezogenen Wahlen 1990 und die Wahlniederlage der FSLN.

Von den verschiedenen Seiten waren und sind bisher drei Wege im Gespräch oder Gegenstand von Forderungen, um die Krise zu überwinden. Erstens: Die FSLN und ihre politischen Verbündeten wollen das Land in normale Bahnen zurückführen und die Wahlperiode gemäß Wahlkalender 2021 beenden. Zweitens: Die Oppositionsparteien wollen vorgezogene Neuwahlen. Diese könnte die aktuelle Regierung selbst ausrufen. Das Risiko dieses Weges besteht darin, dass die Rechten, wie 1990, zu einer großen Allianz zusammenfinden, die geschlossen gegen die FSLN antritt. Drittens: Die extremen Rechten wollen den sofortigen Rücktritt der Ortega-Regierung und die Einsetzung einer provisorischen Regierung, die das Land bis 2021 oder bis zu den vorgezogenen Wahlen führt.

Der erste Lösungsweg wäre der erstrebenswerte. Aber auch bei den beiden Varianten muss die FSLN nicht verlieren. Viel wird davon abhängen, wie sich die nicaraguanische Oligarchie verhalten wird. Unmittelbar nach den Wahlen 1990 sagte Comandante Israel Galeano (Franklin), Kommandeur des nicaraguanischen Widerstandes (Contra) zu Comandante der FSLN Daniel Ortega Saavedra: „Die Oligarchie bootete Somoza mit der Hilfe von euch Sandinisten aus. Euch Sandinisten bootete sie mit unserer Hilfe aus. Wir gewannen nicht, nicht ihr Sandinisten, nicht wir Contras. Es gewann die Oligarchie.“ Wir wissen nicht, von wem sich die Oligarchie diesmal die Steigbügel halten ließe: Von den Liberalen für die Freiheit oder den „Sandinistischen Erneuerern“ oder von beiden?

Wirtschaft wird wieder Wachstum aufnehmen

Quelle: La Voz del Sandinismo

Der Präsident der Zentralbank Nicaraguas (BCN) Ovidio Reyes erwartet, dass von Juni bis August die Wirtschaft wieder anwachsen und die Situation der Destabilisierung, die durch den Terrorismus im Lande hervorgerufen wurde, beendet sein wird. „Wir erwarten ein Wachstum des BIP von ein Prozent, geplant waren einmal 4,9 Prozent.“ Als sicher gilt, dass sich die Produktion in der Fischwirtschaft und in der Manufakturindustrie normalisiert. Hier ist eine bedeutende Steigerung zu erwarten, welche die Verluste vom Mai und Juni kompensiert. Im Landwirtschaftssektor wird ein Wachstum von 2,5 Prozent erwartet. Im Minen- und Steinbruchsektor könnte ein Wachstum von 5,9 Prozent erreicht werden. Die Aussaat verlief erfolgreich. Es wird eine gute Ernte bei Tabak, Erdnüssen, Kaffee und Zucker erwartet.

Im Vergleich zum Mai 2017 hatte die Hotel- und Restaurantwirtschaft im Mai 2018 einen Rückgang von 35,9 Prozent zu verzeichnen. Das Bauwesen sank um 14,5 Prozent, die Tierwirtschaft um 23,9 Prozent, das Transportwesen um 3,8 Prozent und der Handel um 10,3 Prozent. Die akkumulierte Inflation betrug im Juni 1,92 Prozent. Sie wird aber auf sieben Prozent anwachsen. Diese Erhöhung ergibt sich aus den Preiserhöhungen im Verkehrswesen, in der Bildung, bei Lebensmitteln und Getränken. Es wird aber erwartet, dass sich die Inflationsrate bis Ende des Jahres normalisiert.

abc/ele

Komplizenschaft der Kirche mit der Gewalt

Quelle: La Voz del Sandinismo

Das venezolanische Portal *La Iguanatv* zeigte vor kurzem den Geistlichen Harvin Padilla, als er die Terroristen instruierte... Auf der Aufnahme ist klar zu hören, wie der Pfarrer aufforderte, keine Fotos der Leichen der gefolterten Opfer in den sozialen Netzen zu veröffentlichen. Das würde den Gruppen, die in Nicaragua den Terror säen, „schaden“.

„Jeden Tag wird die Rolle deutlicher, die die Angehörigen der katholischen Kirche seit einigen Wochen bei den Gewalttaten und dem Versuch, die Regierung Ortega in dem mittelamerikanischen Land zu stürzen, spielen.“ Das Tonmaterial wurde von der Journalistin des vielstaatlichen Fernsehnetzes *teleSUR*, Madelein García, verbreitet.

mem/ybb

Eröffnungsanhörung gegen Terroristen der UPOLI

Quelle: La Voz del Sandinismo

Am 24. Juli begann die Eröffnungsanhörung im 6. Bezirks-Strafgerichts In Managua unter Vorsitz des Richters Julio César Áreas gegen sechs Bürgerinnen und Bürger, die sich illegal auf dem Gelände der Polytechnischen Universität (UPOLI) in Managua aufhielten und Verbrechen begingen.

Die sechs Personen werden des illegalen Besitzes und Gebrauchs von Feuerwaffen und Munition; der Fertigung, des Besitzes und Gebrauchs von explosiven Substanzen und Eigenbauteilen angeklagt. Gemäß der Anklage des Innenministeriums verübten sie Terrorakte gegen Familien des Stadtteiles, waren an der Errichtung von Straßensperren und Attacken auf das Leben von Familien beteiligt. Diverse Quellen belegen, dass die Familienangehörigen der Verhafteten ihnen rieten, sich von den genannten Aktivitäten zu lösen. Aber sie folgten diesen Ratschlägen nicht.

Das Innenministerium legte Beweise wie Videos und Zeugenaussagen verschiedener Personen vor, die Anzeige wegen der Straftaten erstattet hatten. Diese Aussagen bestätigten sich bei den Untersuchungen durch die Staatsanwaltschaft. Entsprechend dem Gesetz hat jeder Angeklagte das Recht auf einen Verteidiger und auf die Anwesenheit von Mitgliedern der Menschenrechtskommission.

abc/ana

Das Innenministerium klagte die Terroristen Pedro Joaquín Mena Amador und Medardo Mairena Sequeira wegen verschiedener Verbrechen an. Beide gehörten zu den Köpfen der Banden, die auf dem nationalen Territorium Straßensperren organisierten und aufbauten.

Im 6. Bezirks-Strafgericht von Managua, warf ihnen die Staatsanwaltschaft Mord, Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Entführung, schweren Raub, Beschädigung öffentlichen Eigentums, Behinderung öffentlicher Dienste und Körperverletzung vor. Die Nationalpolizei hatte Mairena Sequeira und Mena Amador als direkte Verantwortliche der Massaker und des Mordes an vier Polizisten und einer Lehrerin im Departement von Río San Juan überführt.

Der Richter Henry Morales Olivares sieht die Eröffnungsanhörung für den 15. August 2018 vor.

mem/ele

Protest gegen die Erklärung des Hohen Kommissars

Quelle: La Voz del Sandinismo

Das Außenministerium der Republik Nicaragua protestiert aufs energischste gegen die einseitige Erklärung des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte. Darin wird behauptet, dass der Artikel 394 des Gesetzes gegen die Geldwäsche, die Finanzierung des Terrorismus und die Weitergabe von Waffen der massiven Zerstörung, angenommen durch die Nationalversammlung Nicaraguas am 16. Juli 2018, einen Text hat, der Leute als Terroristen bezeichnet, die friedlich demonstrieren.

Wir lehnen die plumpe Manipulation seitens des Büros des Hohen Kommissars energisch ab. Es ist das souveräne Recht und die Pflicht des Staates Nicaragua, Gesetze in Übereinstimmung mit den internationalen Abkommen und Verträgen anzunehmen, um die Geldwäsche und die Finanzierung des Terrorismus abzuwenden.

Indem es dieses Gesetz in Frage stellt, wird das Büro des Hohen Kommissars exakter Weise Komplize der Aktionen, die unsere Gesetzgebung als die eines verantwortungsbewussten Staates verurteilt und die wir in Übereinstimmung mit den internationalen Verträgen und Instrumenten angenommen haben, um die Geisel der Geldwäsche, des organisierten Verbrechens, des Drogenhandels und des Terrorismus zu bekämpfen. Diese Art von Erklärungen macht Sie zu Komplizen der Aktionen, die terroristische Gruppen ausführten, indem sie Nicaraguaner ermordeten und unser Land verwüsteten mit dem Blick darauf, eine verfassungsmäßige und demokratisch durch unser Volk gewählte Regierung zu stürzen.

Indem Sie das souveräne Recht und den politischen Willen Nicaraguas in Frage stellen und angreifen, seine rechtlichen, technischen und operativen Kapazitäten zu stärken, um die Geldwäsche, die Finanzierung des Terrorismus und weitere illegale Aktivitäten zu bekämpfen, verstoßen Sie gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Internationale Rechtsordnung.

Wir fordern die Einstellung solcher Erklärungen und Entstellungen, die nicht dazu beitragen, das erforderliche Klima für den Dialog unter den Nicaraguanern herzustellen.

Managua, 17. Juli 2018

ana

Vom 24. Treffen des Forums von Sao Paulo in Havanna

Quelle: *La Voz del Sandinismo*



Vom 15. bis 17. Juli 2018 versammelten sich mehr als 430 Vertreter von linken und Fortschrittsparteien und Organisationen Lateinamerikas und der Karibik in Havanna auf dem 24. Treffen des Forums von Sao Paulo. Im Mittelpunkt des Treffens standen das Thema der Einheit der linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik. Das Forum beriet und beschloss einen Aktionsplan zur Abwehr der Gegenoffensive der rechten Kräfte auf dem Subkontinent.

Die Teilnehmer unterstützten die sandinistische Regierung und anerkannten ihre Fortschritte bei der Wiederherstellung der Ordnung. In diesem Sinne beschlossen sie eine Resolution. Darin heißt es u.a.:

„Wir lehnen die ausländische Einmischung und Intervention der Vereinigten Staaten mittels ihrer Agenturen in Nicaragua, mit denen die einheimische Ultrarechte organisiert und gesteuert wird, ab. Sie wollen einmal mehr ihre bekannte Formel des ‚weichen Putsches‘ zum Sturz von Regierungen anwenden, die nicht ihren Interessen entsprechen. Wir lehnen das einseitige Wirken internationaler Organisationen, wie der Interamerikanischen Kommission der Menschenrechte (CIDH) ab, die sich den Plänen des Imperialismus unterworfen haben...

Wir verurteilen die Aktionen der Destabilisierung, der Gewalt und des Terrors der putschenden Rechten, die dem entsprechen, was auch in anderen Ländern wie Venezuela angewendet wird und die darauf abzielen, die verfassungsmäßige Ordnung in Nicaragua zu zerstören und die Regierung des rechtmäßig gewählten Präsidenten Comandante Daniel Ortega Saavedra zu stürzen...

Wir verurteilen die schweren Akte der Barbarei und der Verletzung der Menschenrechte, die durch die nicaraguanische putschende und terroristische Rechte verübt werden. Sie missachtet das Recht auf Bewegungsfreiheit, sie lässt Wohnungen und öffentliche Gebäude zerstören und verbrennen, sie lässt plündern, verschleppen, foltern und morden. Kriminelle Horden faschistischer Gruppen, die im Dienste des nordamerikanischen Imperialismus stehen, verbreiten Terror und Tod unter den Bewohnern, vor allem unter der sandinistischen Bevölkerung.

Wir anerkennen das legitime Recht auf Verteidigung, das die sandinistische Regierung angesichts der Aggression der Lakaien des Imperialismus ausübt. Diese legitime Verteidigung wird von den Medien der Rechten als Massaker gegen das Volk, als politische Unterdrückung entführter und gefolterter krimineller Straftäter durch die nicaraguanischen Autoritäten dargestellt.

Wir manifestieren unser tiefes Mitgefühl für die bei dieser Gewaltwelle, die Nicaragua verwüstete und die durch die reaktionären Verbündeten des nordamerikanischen Imperialismus organisiert und betreut werden, ums Leben Gekommenen. Viele Tote, die von den Medien der Rechten manipuliert worden waren, werden jetzt als Ergebnis von Massakern der Regierenden dargestellt. In Wirklichkeit sind sie Folgen der Auseinandersetzungen, die von der faschistischen Rechten hervorgerufen wurden. Die Experten der OAS haben anerkannt, dass die Anzahl der Toten aus den Reihen der Provokateure und den sandinistischen Reihen gleich ist. Die CIDH jedoch unterstellte sie einseitig der Regierung. Sie hat inzwischen eingeräumt, dass sie keine Beweise für Folterpraktiken der Polizei an Festgenommenen hat. Dagegen haben die Putschgruppen Polizisten entführt, gefoltert und ermordet.

Wir unterstützen die Fortsetzung der Untersuchung und Aufklärung aller Straftaten sowie die Bestrafungen der Verantwortlichen. In diesem Sinne untermauern wir die Rolle der Kommission der Wahrheit.

Wir unterstützen die Aufrufe der Regierung Nicaraguas im Dienste des Friedens und der Überwindung der Situation auf dem Wege des Dialogs im Rahmen der Verfassung und der Gesetze. Wir unterstützen die Regierung Nicaraguas in ihrem Bestreben, die Ordnung sowie die Rechte des nicaraguanischen Volkes, die von den Putschisten der Rechten verletzt wurden, darunter das Recht auf Bewegungsfreiheit, wieder herzustellen.

Wir rufen alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der Welt zur Solidarität mit dem Kampf des nicaraguanischen Brudervolkes für die Wiederherstellung des Friedens gegen die kriminellen destabilisierenden Angriffe der Oligarchie und der proimperialistischen Rechten auf. Wir nehmen alle die Losung auf: „Nicaragua will Frieden!“

Havanna, Kuba, 17. Juli 2018“

mem/tgp

Die Teilnehmer des Forums von Sao Paulo grüßten den 39. Jahrestag der Sandinistischen Volksrevolution und sandten eine Grußbotschaft der Solidarität und Unterstützung an den Präsidenten Comandante Daniel Ortega und an die Vizepräsidentin Compañera Rosario Murillo.

Fernando González, einer der fünf antiterroristischen kubanischen Helden und Vorsitzender des Kubanischen Instituts der Freundschaft mit den Völkern (ICAP) betonte, dass Nicaragua widersteht und die Schlacht an der vordersten Linie des Kampfes in dem Moment anführt, in dem die Linke analysiert, wie sie ihren Kampf für die Konsolidierung fortsetzen kann. „Wir sind sicher, dass unter der Leitung von Comandante Daniel Ortega die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung den Sieg aus den schwierigen Ereignissen, die das Land durchlebt, davon tragen wird. Ihr kämpft für uns alle. Ihr kämpft für ganz Lateinamerika.“

Der kubanische Troubadour Vicente Feliú wünschte der Sandinistischen Revolution weiter Siege. „Es werden 39 Jahre 19. Juli sein. Hoffentlich werden es noch viele weitere angesichts der schwierigen Momente. Aber ich bin ziemlich sicher, dass ihr fähig und klug genug seid, um aus dieser Phase herauszukommen und voranzugehen.“

Auch Piedad Córdoba, Anführer der kolumbianischen Linken, drückte seine völlige Solidarität mit der Sandinistischen Revolution unter Führung von Daniel und Rosario aus. Er lehnte die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas ab. „Ein brüderlicher Gruß an das nicaraguanische Volk, eine große Solidarität zum 39. Jahrestag der Sandinistischen Revolution. Meine größten Wünsche, denn Nicaragua kann seine Angelegenheit sehr gut ohne Einmischung irgendeiner ausländischen Regierung lösen.“

mem/ana

Die Präsidenten Venezuelas Nicolás Maduro und El Salvadors Salvador Sánchez Cerén sandten Botschaften der Solidarität nach Nicaragua, in denen sie auf die Krise, die von den Terrorgruppen heraufbeschworen wurde

und die dem Land den Frieden und die Ruhe raubten, eingingen. In der Schlussitzung des 24. Forums von Sao Paulo in Havanna erklärte Maduro, dass Nicaragua Opfer der unkonventionellen Methode wurde, die als „Guarimba“ bekannt ist und im Lande Bolivars im Jahre 2014 und erneut 2017 angewandt wurde. „Genau vor einem Jahr musste Venezuela 120 Tage Straßenkämpfe durchstehen, die durch von der Botschaft der USA bezahlte Gewaltgruppen verübt und von der Medienkampagne in aller Welt begleitet wurden, um ein Venezuela in Chaos und eine diktatorische Regierung zu präsentieren, die ein protestierendes Volk unterdrückt. Dieser perfekte Fahrplan wird heute im sandinistischen Nicaragua angewendet.“

Sánchez Cerén erklärt, dass die Oligarchie in Lateinamerika eine neue Offensive gegen die fortschrittlichen Regierungen, bei denen an erster Stelle die menschliche Entwicklung und die Solidarität unter den Völkern stehen, eröffnete. In diesem Sinne wird in Nicaragua ein Plan der Destabilisierung durchgeführt, um die verfassungsmäßige Ordnung zu zerstören und durch Gewalt die legitim gewählte Regierung zu stürzen und dem Volk die großen sozialen und wirtschaftlichen Erfolge zu rauben. „Wir unterstützen die Entscheidung des Präsidenten Daniel Ortega, einen respektvollen Dialog zu führen, um Abkommen zu treffen, die es dieser Brudernation erlauben, die ansteigende Gewalt zu beenden und den Weg der Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung in Frieden und demokratischer Stabilität fortzusetzen.“

Aus Nicaragua berichtete Carlos Fonseca Terán, Sohn von Carlos Fonseca Amador, der 1961 die Sandinistische Befreiungsfront FSLN gegründet hatte, darüber, wie in seinem Land „die Vorgaben der imperialistischen Ideologen für bunte Revolutionen abgewickelt“ würden. „Wir sehen uns dem Versuch eines Putsches durch die Kräfte der nationalen Oligarchie und der US-Geheimdienste gegenüber“, so Carlos Fonseca Terán.

mem/jos

Inhalt:

Der Putsch wurde niedergeschlagen	1
Nicaragua im Spannungsfeld geostrategischer Interessen	3
Wirtschaft wird wieder Wachstum aufnehmen	9
Komplizenschaft der Kirche mit der Gewalt	9
Eröffnungsanhörung gegen Terroristen der UPOLI	10
Medardo Mairena und Pedro Joaquín Mena angeklagt	10
Potest gegen die Erklärung des Hohen Kommissars	11
Vom 24. Treffen des Forums von Sao Paulo in Havanna	12

Redaktionsschluss: 31. Juli 2018

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de

Internet: www.nuevanicaragua.de